

„Wir müssen deutlich machen, was auf dem Spiel steht“

Kroatien ist das jüngste Mitglied der EU. Premierminister Andrej Plenkovic ruft in Zeiten von Brexit und Populismus die Parteien der Mitte zu Geschlossenheit auf



WELT/MARTIN U. K. LENIGMANN

Er hat für Südosteuropa einen moderaten geradezu milden Ton, wenn Andrej Plenkovic über die Europäische Union und auch Deutschlands Rolle redet. Er denkt wie er spricht: differenziert und ohne einen Hauch populistischer Zuspitzung. Kroatiens Premierminister Plenkovic ist ein leidenschaftlicher Europäer. Er hat einst die Verhandlungen seines Landes zum Beitritt mit vorange-trieben, bis 2016 saß er dann als Abgeordneter im Europaparlament.

VON SONJA GILLERT UND ULF POSCHARDT

WELT: Viele Deutsche haben den beeindruckenden Erfolg der kroatischen Mannschaft bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 verfolgt. Wie hat sich das auf die Stimmung in ihrem Land ausgewirkt?

ANDREJ PLENKOVIC: Wir dachten, dass wir nur einmal in 100 Jahren so einen Erfolg wie bei der WM 1998 in

Frankreich erleben würden. Damals sind wir Dritte geworden. Aber jetzt, dank der fantastischen Generation, haben wir auch eine Silbermedaille. Vielleicht gewinnen wir dann 2038 Gold ... Den Kroaten hat der Erfolg unserer Nationalmannschaft Enthusiasmus eingehaucht. Es zeigt, dass ein kleines Land weltweiten Erfolg erzielen kann – die beste PR, die man sich vorstellen kann.

Sie sind ein klar proeuropäischer Politiker in einer Region, aus der wir auch oft nationalistische Töne hören, sogar revanchistische.

Ich bin überzeugt davon, dass das europäische Projekt allen europäischen Ländern viel Positives gebracht hat. Es ist besser, Probleme durch Dialog und Kooperation zu lösen statt mit anderen Mitteln. In heutiger Europa, wo Populismus von links und von rechts auf dem Vormarsch ist, müssen Parteien der Mitte – wie meine Partei HDZ

und unsere politische Familie, die Europäische Volkspartei – eine entscheidende Rolle bei der Wahl des Europäischen Parlaments übernehmen. Wir müssen das Vertrauen in das europäische Projekt wiederbeleben und Strategien entwickeln, die breite Unterstützung bekommen. Wir müssen ganz einfach deutlich machen, was auf dem Spiel steht. Auch der Brexit ist ganz klar eine Konsequenz populistischer Rhetorik. Das ist eine tektonische Verschiebung. Wir haben noch gar nicht vollends realisiert, was der Brexit für die transatlantischen Beziehungen, den weltweiten Handel und die Wahrnehmung Europas als Verteidigungsmacht bedeutet.

Innerhalb ihrer Parteienfamilie, der EVP, wird auch die Stimme von Victor Orbán laut – und seine Aussagen unterscheiden sich sehr von Ihren. Wie konfrontieren Sie ihn mit Ihren Vorstellungen?

Die EVP ist die größte Fraktion im Europaparlament. Moderate, auch klassische Mitte-rechts-Parteien, Christdemokraten und konservativ-demokratische Parteien gehören dazu. Wir haben nicht notwendigerweise die gleiche Meinung. Aber wir versuchen immer, einen Ausgleich zu finden, wenn wir unsere Strategien beschließen und Programme schreiben.

In Ihrer Nachbarschaft streben Serbien und Montenegro eine EU-Mitgliedschaft 2025 an. Ist die kriselnde EU bereit für eine Erweiterung?

Kroatien hat große Sympathien und Solidarität für unsere Nachbarn, die beitreten wollen. Wir sind bereit, ihnen zu helfen, die Beitrittskriterien zu erfüllen. Das betrifft nicht nur Montenegro, das am weitesten fortgeschritten ist, und Serbien. Die EU hat entschieden, Gespräche mit Albanien und Mazedonien aufzunehmen. Folgen werden auch der Kosovo und Bosnien-Herzegowina, dessen europäischer Weg für uns besonders wichtig ist, da Kroaten eines der drei konstituierenden Völker in dem Land sind. Während unserer EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 wollen wir einen weiteren EU-Westbalkan-Gipfel organisieren.

Um der EU beitreten zu können, muss Serbien den Konflikt mit dem Kosovo lösen. Als Lösung wird ein Landtausch zwischen Serbien und dem Kosovo diskutiert. Was halten Sie davon?

Diese Nachkriegssituationen sollten friedlich gelöst werden. Wir sind immer sehr vorsichtig, wenn es um Grenzverschiebungen geht, besonders entlang ethnischer Linien. Etwas, das auf den ersten Blick für eine Situation gut erscheint, kann später in anderen Situationen ungewollte Konsequenzen für die Stabilität haben.

Welche Rolle sollte Deutschland für die Zukunft Europas spielen?

Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land Europas ist Deutschland für die gesamte EU und auch für Kroatien wichtig. Deswegen wollen wir unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen eines Aktionsplans für Kooperation mit Deutschland stärken, den ich mit Angela Merkel bei meinem Besuch in Berlin vergangene Woche diskutiert habe. Der Pfeiler guter Beziehungen zwischen Deutschland und Kroatien sind etwa eine halbe Million Kroaten, die in Deutschland leben und arbeiten. Außerdem ist Deutschland Kroatiens größter Handelspartner mit einer Bilanz von 5,2 Milliarden Euro in 2017. Durch den Brexit wird Deutschlands Rolle in der EU noch entscheidender. Die Kanzlerin genießt hohe Anerkennung und verfügt über weitreichende Erfahrung. Jeder erwartet von Deutschland gemeinsam mit Frankreich ein neues Momentum der Führung, neue Ideen, um das europäische Projekt wiederzubeleben und eine klare Abgrenzung, die die Parteien der Mitte von den populistischen Bewegungen trennt. Das ist der große entscheidende Kampf für Europa in den kommenden Jahren. In Deutschland begegnet Kanzlerin Merkel der gleichen Herausforderung.

Ist Merkel mit der Migrationskrise 2015/2016 klug umgegangen?

Die meisten der Migranten und Asylsuchenden waren auf der Suche nach Zuflucht in den reichsten westlichen Ländern. So eine Fluchtbewegung hat das moderne Europa in dieser Form noch nicht erlebt. Merkels Reaktion war eine Geste der Solidarität. Jetzt ist allen klar, dass illegale Migration in einer solchen Weise nicht ermöglicht werden darf. Daher ist es besser, die Außengrenzen zu sichern und gleichzeitig die Fluchtursachen zu bekämpfen. Das sind die Lektionen, die wir alle gelernt haben. Deswegen versuchen wir jetzt, auf europäischer Ebene solidarisch die Lasten zu teilen.

Italien fordert von den EU-Ländern mehr Unterstützung. Würden Sie Migranten aufnehmen, die in Italien angekommen sind?

Wir sind zurzeit damit beschäftigt, die illegale Migration über die östliche Mittelmeerroute zu kontrollieren. Die Route über das östliche Mittelmeer und den Westbalkan wird zwar bei Weitem weniger genutzt als 2015. Aber es gibt einen deutlichen Druck aus dieser Richtung, besonders von Bosnien-Herzegowina in Richtung Kroatien. Wir sind in dieser Situation bereits ausreichend beteiligt, indem wir die Grenze 24 Stunden am Tag mit mehr als 6500 kroatischen Polizisten sichern. Wir erfüllen außerdem unsere Verpflichtungen zur Umverteilung und Umsiedlung und tragen zur Prävention sekundärer Migrationsbewegungen bei.

Migranten klagen über gewaltsame Zurückweisung durch kroatische Polizisten an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina, nachdem sie diese illegal überquert haben. NGOs verurteilen dieses Vorgehen. Was sagen Sie dazu?

Kroatiens Grenzpolizei setzt die nationalen und die EU-Gesetze und -Regelungen um, inklusive des Schengen-Grenzcodes und der Dublin-Bestimmungen. Wir müssen uns bewusst sein, dass Migranten, die über die kroatische Grenze kommen, bereits mehrere EU-Länder

und sichere Drittstaaten durchquert haben. Kroatien spielt eine wichtige Rolle beim Schutz der längsten EU-Außengrenze und der Vorbeugung sekundärer Migrationsbewegungen. Das ist entscheidend, um zu verhindern, dass es wieder einen unkontrollierten Migrationsfluss wie 2015 gibt, und um weiter die illegale Migration über bestehende und neue Routen aufzuhalten.

Benötigen Sie mehr Unterstützung durch Frontex, um die Grenze zu Bosnien-Herzegowina zu sichern?

Wir kooperieren bereits ausgezeichnet mit Frontex. Kroatien war das erste EU-Land, das erst kürzlich mit der europäischen Grenzschutzagentur eine Absichtserklärung über die Unterbringung von Frontex-Verbindungsbeamten unterzeichnet hat. Außerdem hilft Frontex bei der Überwachung der kroatischen Seegrenze mit Montenegro und Italien sowie der Landgrenze mit Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Zu diesem Zweck wurde ein Frontex-Flugzeug zwei Monate auf dem Flughafen von Zadar stationiert. Das kroatische Innenministerium verstärkt die Kooperation mit der Organisation kontinuierlich.

Eine Voraussetzung für den angestrebten Schengenbeitritt Kroatiens ist die Lösung des anhaltenden Grenzkonflikts mit Slowenien. Sloweniens neuer Premierminister hat erklärt, er wolle den Konflikt lösen. Ist das schon absehbar?

Wir freuen uns darauf, den Dialog mit Slowenien fortzusetzen, nachdem die neue Regierung gebildet ist. Wir haben der vorherigen Regierung bereits ein bilaterales bindendes Angebot gemacht, das für beide Länder passend wäre. Ich glaube, dass es wesentlich mehr gibt, das uns verbindet, als uns trennt. Wir werden wahrscheinlich die ausstehenden Empfehlungen für unseren Schengenbeitritt bis Ende dieses Jahres erfüllen und wir sind der Meinung, dass diese offene Frage mit Slowenien nicht mit anderen Fragen und Vorgängen verbunden werden sollte.

ANZEIGE

START UP!

THE GLOBAL INNOVATION HUB

- IFA NEXT Showcase
- IFA NEXT Innovation Engine
- IFA NEXT Startup Days
- IFA+ Summit
- IFA Keynotes
- Shift AUTOMOTIVE NEW

31 AUG - 5 SEP 2018

#coinnovation

Nigerias Epizentrum der Migration

Aus einem kleinen Bundesstaat im Süden stammt ein Großteil aller Migranten, die aus dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas nach Europa wollen

Mitte Juli kamen 160 Migranten am Frachtflughafen von Lagos an. Sie hatten ihre Reise nach Europa in Libyen abgebrochen und kehrten in ihre nigerianische Heimat zurück. Was auffiel: Mehr als die Hälfte wurde mit Bussen 300 Kilometer weiter gefahren, in einen der 36 Bundesstaaten: Edo State. Von dort stammt die Mehrheit aller nigerianischen Migranten. Der Krisenstab für Migration der Regionalregierung schätzt den Anteil auf 60 Prozent.

VON CHRISTIAN PUTSCH

Als Angela Merkel am Freitag, dem letzten Tag ihrer Afrikareise, in der nigerianischen Hauptstadt Abuja mit Präsident Muhammadu Buhari zusammentraf, war Migration ein wichtiges Thema. Nigerianer belegten in Deutschland bei der Zahl der Asylanträge im ersten Halbjahr 2018 Rang vier, hinter Syrien, Irakern und Afghanen. Die Kanzlerin kündigte eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit an: „Wir müssen hier für die Bevölkerung Perspektiven schaffen.“ Außerdem sollten mehr legale Möglichkeiten für die Migration nach Europa geschaffen werden. Ein Abkommen zur Rückführung der rund 30.000 Nigerianer in Deutschland

ohne Bleibeperspektive wurde beim Besuch der Kanzlerin nicht unterzeichnet.

Warum aber stammen so viele der nigerianischen Migranten aus Edo State – einem eher kleinen Bundesstaat mit nur acht der landesweit 190 Millionen Einwohner? Eine Antwort gibt Evon Idahosa. Die Leiterin der Hilfsorganisation PathFinders Justice Initiative in Benin City, der Hauptstadt von Edo State, kümmert sich vor allem um zurückkehrende Frauen, die in Europa als Prostituierte gearbeitet haben. Schleppernetzwerke seien in der Region quasi über Jahrhunderte gewachsen, so Idahosa: Während des 17. Jahrhunderts seien Chiefs des damaligen Königreichs Benin Partner für den Sklavenhandel mit Europa und den USA gewesen. Nach der Abschaffung der Sklaverei wurde Migration zum Alltag vieler Bürger.

Heute leben rund 20 Millionen Nigerianer im Ausland, ein Zehntel der Bevölkerung, die Mehrheit davon legal. „Während der nigerianischen Wirtschaftskrise Mitte der 80er-Jahre brachen viele Frauen aus Edo State auf, um als Saisonarbeiterinnen in der italienischen Landwirtschaft zu arbeiten“, sagt Idahosa. „Als sich mit der aufkommenden HIV-Epidemie viele europäische Frauen aus der

Prostitution zurückzogen, füllten oft Nigerianerinnen diese Lücke.“ Das war ein wichtiger Grund, dass die Schleppernetzwerke hier früh wuchsen. Die Mehrheit der nigerianischen Frauen tritt die Reise inzwischen an, um in weniger anrühigen Niedriglohnsektoren Beschäftigung zu finden. Sie landen, wenn sie denn Arbeit finden, in anderen Branchen. Doch Nigerianerinnen haben noch immer einen überproportional hohen Anteil in der europäischen Sex-Industrie, auch wenn längst mehr Männer als Frauen über die Schleppernetzwerke nach Europa reisen.

Seit rund zwei Jahren geht der Bundesstaat das Thema Migration verstärkt an. Die Staatsanwältin Abies Oyemwense koordiniert als Generalsekretärin des Krisenstabs Polizei, Geheimdienst, Ministerien und Hilfsorganisationen bei Prävention, Strafverfolgung und Reintegration. „Die Regierung hat realisiert, dass es höchste Zeit ist, illegale Migration in den Griff zu bekommen“, sagt sie am Telefon, „und wir haben in diesem Jahr viel bewegt.“ Hoffnung machen vor allem Gesetzesänderungen vom Mai, die nicht die Migranten, sondern die Schlepper betreffen. Bis dahin brauchten die Strafverfolger für die Ermittlung von Migrationsvergehen Genehmigungen vom Bundes-

staatsanwalt in der Hauptstadt Abuja. Das ist nun Sache der einzelnen Bundesstaaten – und damit leichter möglich. Sechs Strafverfolger und zehn Staatsanwälte seien in Edo State für diese Arbeit abgestellt worden, sagt Oyemwense. Auch die Strafen für die Drahtzieher wurden erhöht, sie müssen nun mit zehn bis 15 Jahren Haft rechnen. Auch die Konfiszierung von Häusern ist möglich, die aus den Erlösen von Schlepperbanden finanziert wurden.

Die Anziehungskraft Europas bleibt jedoch groß. Viele Nigerianer leben dort, wenn sie überhaupt ankommen, in Ar-



mut. Aber es gibt auch jene, die in den vergangenen Jahrzehnten ein Vielfaches von dem verdienten, was sie in Nigeria hätten erwirtschaften können, sagt die PathFinders-Aktivistin Idahosa. Dieser wirtschaftliche Erfolg habe selbst Frauen Ansehen verschafft, von denen bekannt ist, dass sie ihr Geld als Prostituierte verdient haben. Mädchen ohne Arbeit würden so dazu animiert, den gleichen Weg zu gehen – nicht selten ermutigt von den eigenen Müttern. „Sie wissen sehr wohl, dass ihre Töchter in vielen Fällen nicht als Hausangestellte arbeiten sollen. Allerdings haben sie eine völlig falsche Vorstellung von den Gefahren der Reise und den Bedingungen, die sie in Europa erwarten“, sagt Idahosa. „Viele werden gezwungen, innerhalb von zwei Jahren mit 4000 Männern zu schlafen. Sie werden vergewaltigt, geschlagen – und am Ende können sie kein Geld für die Familie nach Hause schicken, weil sie kaum etwas bekommen.“

Mehr als 20.000 junge Frauen hat die Organisation in den vergangenen Monaten direkt bei Veranstaltungen warnen können, Hunderttausende über Fernsehen und Radio. Rückkehrerinnen erzählen dort von dem Abtraum, dem sie entkommen sind. Zudem wird aufgezeigt,

wie man sich in Nigeria für reguläre Jobs qualifizieren und bewerben kann. Der Bundesstaat habe kürzlich neue Programme gestartet, erzählt Generalsekretärin Oyemwense. Ihre Regierung habe „ohne einen Penny aus Europa“ mehrere Zentren für Ausbildung eröffnet. Dazu gäbe es dreimonatige Stipendien für Rückkehrer, weitere Hilfsangebote vor allem für die vielen Frauen, die durch Vergewaltigungen schwanger zurückkommen.

So einseitig wie von Oyemwense beschrieben ist die Lage nicht. So hat die Bundesregierung über die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) die Mittel für Berufsausbildungsprogramme in Nigeria erheblich aufgestockt. Doch viele EU-finanzierte Projekte der Internationalen Organisation für Migration (IOM) für Beschäftigung und Ausbildung laufen gerade erst an. Aber die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, das Bevölkerungswachstum ist enorm. Oyemwense erzählt, die Aufklärungsarbeit in den Städten sei erfolgreich gewesen, die Schlepper würden aber nun zunehmend in entlegenen Gegenden rekrutieren. „Wir informieren jeden Tag in anderen Dörfern über die Gefahr“, sagt sie. „Aber wir haben da eine richtig schwere Aufgabe vor uns.“